
Die 1. Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte 1980 der CDA in Mannheim

Franz Josef Strauß gewinnt Arbeitnehmervetreter für seine Vorstellungen

Am 12. Januar trafen 500 in den Sozialausschüssen organisierte Arbeitnehmervetreter erstmals mit dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU aufeinander. Man hätte annehmen können und sollen, daß die Betriebs- und Personalräte, diese Gelegenheit nutzend, ihre Sorgen

und Interessen formulieren und dem Unions-Kandidaten mit auf den Weg geben würden. Die Konferenzregie sah jedoch eine Aussprache nur sehr spärlich und überdies auch nur *vor* dem Eintreffen des Abschlußredners Franz Josef Strauß vor. Damit wurde diese „Bundeskonzferenz“ zu einer Auftakt-Veranstaltung für die in diesem Jahr stattfindenden Bundestags- und Landtagswahlen (und damit für die anwesenden Lothar Späth und F. J. Strauß) degradiert. Dagegen wäre nichts weiter einzuwenden, wenn dabei nicht gleichzeitig gewerkschaftliche Standpunkte in erheblichem Umfang berührt und in Frage gestellt worden wären.

In den Diskussionsbeiträgen der Konferenzteilnehmer, gelegentlich auch in dem Referat von Norbert Blüm, kamen zwar die gegenwärtig dringenden Nöte gerade bestimmter Arbeitnehmergruppen wie Bildschirmarbeit, Schichtarbeit, Dauerstreß, Furcht vor Entlassungen, Verdrängungswettbewerb, gewerkschaftspolitische Abstinenz der Jugendlichen usw. zur Sprache, wurde sogar die vorsichtige Anfrage gestellt, ob unter einem Kanzler Strauß die soziale Sicherheit gut aufgehoben oder gar mit sozialer Demontage zu rechnen sei. Letzteres wirkte aber bei der hoffnungsfroh-optimistischen Konferenzatmosphäre eher deplaziert. Die Politiker Blüm, Späth und Strauß sprachen andere Sorgen an und wußten dabei diesen „verlorenen Haufen“ (so die Selbsteinschätzung eines Diskussionsredners) an einem Punkt anzupacken, der ihnen ungeteilten bis frenetischen Beifall sicherte und die Versammlung in wachsendem Maße „auftauen“ ließ. Nicht mit ihren Sachaussagen zur Rentenpolitik, zu Steuererleichterungen und zur Energiesicherung gewannen die Politiker die Sozialausschüßler für sich, sondern spürbarer und zunehmend gesteigerter Applaus kam auf, wenn an Gefühle des Unterdrücktseins und der Benachteiligung in dieser Gesellschaft appelliert wurde. Wie anders ist es zu verstehen, wenn die von Strauß und Späth formulierte Ablehnung der Gesamtschule beklatscht wurde, da diese angeblich nur der Vermehrung der Diplome diene oder „intellektueller Spinnerei“ (so Späth) Vorschub leiste? Was anders könnte der Grund dafür sein, daß Franz Josef Strauß sich bis zu Ovationen steigenden Beifall für seine DGB-Schelte erhielt und, erst einmal ungebremst auf diesem Gleis angelangt, gewerkschaftlichen Pluralismus statt einheitsgewerkschaftlichem „Monopolanspruch“ („Einheitsgewerkschaft ist nicht gleich Alleingewerkschaft“) verfocht und überdies gesetzliche Korrekturen bei Betriebsverfassung und Mitbestimmung in Aussicht stellte?

Hier wurden Underdog-Empfindungen bewußt ausgenutzt, ritt man offensichtlich auf der Welle anti-intellektueller Aversionen derjenigen, die sich von dem Bildungs-Boom der siebziger Jahre ausgeschlossen fühlen. Mit Applaus wurde zur Kenntnis genommen, daß künftig — so Späth - der Professor („vor allem der, der über Arbeit nur philosophiert“) weniger als der Polier verdienen solle, daß in die Bildungspolitik bislang zuviel auf Kosten der Technologie- und Arbeitsmarktpolitik investiert worden sei.

In seinem zweistündigen Referat zum Thema „Deutschlands Zukunft“ umriß Franz Josef Strauß unmißverständlich sein sozialpolitisches Programm: Abbau der Schuldenlast des Staates, Rückführung der Staatsquote in mittelfristiger Sicht um 7 auf 40 % und damit Kürzung der Ausgaben und Eingrenzung des Sozialstaats (ohne das Wie dieser Prozedur näher zu beleuchten); Wiedererlangung der Vollbeschäftigung gemäß dem Niveau vor der Krise (mit seinem Übergewicht an offenen Stellen), nicht zuletzt auch deshalb, weil Arbeitslosigkeit einen zu großen Ausfall im Wirtschaftskreislauf verursache; Ja zum Erziehungsgeld unter der Voraussetzung, daß eine entsprechende ökonomische Leistungsfähigkeit der Gesellschaft (und damit Vollbeschäftigung) gegeben sei.

Strauß konnte dieses unzweifelhaft auf Einsparungen hinauslaufende Sozialprogramm widerspruchslos vor Arbeitnehmervertretern formulieren, weil er ihnen gleichzeitig verstärkte Minderheitenrechte bei einem zu novellierenden (zu „verbessernden“) Betriebsverfassungsgesetz und eine funktionsgerechtere - was immer dies sei - Mitbestimmung im Un-

ternehmen in Aussicht stellte. Der „Anhänger des gewerkschaftlichen Gedankens“, wie er sich selbst titulierte, fand daher auch nicht wenig Zustimmung bei einer Kriik der „klassenkämpferischen Hetze in DGB-Organen“ und der „gehässigen Äußerungen“ Heinz Oskar Veters nach dem angeblich so gut verlaufenen ersten Spitzentreff in München.

Verwunderlich eigentlich nicht, daß nach einem derartigen Ablauf der CDA-orsitzende Blüm dem Kandidaten seine Unterstützung „ohne Wenn und Aber“ zusicherte und zugleich damit die Ankündigung verband, eine neuerliche Auflage von DGB-Wahlprüfsteinen mit einer Bilanz der in den letzten 10 Jahren nicht erreichten gewerkschaftlichen Programmziele im Gegenzug zu quittieren.

Dr. Heribert Kohl, WSI